

Edith Lutz

«Say Goodbye to the JNF»

Say Goodbye – diese Aufforderung zur Abkehr vom Jüdischen Nationalfonds (JNF oder nach der hebräischen Bezeichnung «Keren Kayemet LeIsrael» auch KKL) stammt nicht von der propalästinensischen Initiative «Stop the JNF». Sie stammt auch nicht von «linken» israelischen Friedensgruppen, wo man sie durchaus vermuten könnte. Uri Avnery, Gründungsmitglied von Gush Shalom und ehemaliger Knessetabgeordneter, forderte bereits vor 15 Jahren öffentlich, den JNF abzuschaffen und er wiederholt 2013: «Der Jüdische Nationalfonds gehört boykottiert». Nein, der Aufruf war am 8. Mai 2007 der Titel eines Artikels der eher konservativen israelischen Tageszeitung «Jerusalem Post». Sein Verfasser, Militärberichterstatter Eric Schechter, liefert die Begründung auch gleich im Untertitel: «Weil der Staat Israel sich nicht an Diskriminierung beteiligen darf». Die langjährige diskriminierende Politik des JNF hatte in Israel zu heftigen, 2007 vor Gericht ausgetragenen Kontroversen geführt, die auch in der deutschen Presse verfolgbar waren.

Der Jüdische Nationalfonds zeigte damals wie heute wenig Verständnis für den Vorwurf der Diskriminierung. Die Kritik wurde daher lauter, nicht nur in Israel. Die Folgen zeigten sich für den JNF auch in finanziellen Einbußen. Der «Jewish Telegraph» in Großbritannien berichtete im vergangenen Jahre von einem dramatischen Spendenrückgang für den JNF-UK. Allein im Jahr 2011 seien die Einnahmen um 50 Prozent zurückgegangen.

In Großbritannien ist die Kritik am Jüdischen Nationalfonds mittlerweile so stark angestiegen, dass Bestrebungen zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit – wie sie auch in anderen Ländern zu beobachten sind – von Politikern mitgetragen werden. Die Partei der britischen Grünen schloss sich dieser Forderung im März vergangenen Jahres an. Deren Abgeordneter Terry Gallogly sieht den eingeschlagenen Weg als «eine Botschaft an den JNF, dass seine Tage gezählt sind. Der Status der Gemeinnützigkeit wird für Landraub und Rassismus gegenüber Palästinensern missbraucht, das werden wir in Großbritannien nicht dulden», so Gallogly laut «Jewish Chronicle» vom 1. März 2012.

Außer der Gemeinnützigkeit wird auch die Rechtmäßigkeit der Bezeichnung des Jüdischen Nationalfonds als einer NGO (Nichtregierungsorganisation) von seinen Kritikern in Frage gestellt. Durch die enge Zusammenarbeit des JNF mit staatlichen Einrichtungen ist der Eindruck einer halbstaatlichen Organisation entstanden. 1961 hatten sich der Staat Israel und der Nationalfonds vertraglich darauf geeinigt, die Verwaltung des sogenannten «Israel-Lands», (Land in Staatsbesitz und Land im Besitz des JNF) der neugegründeten staatlichen «Israel-Land-Administration» (ILA) zu überlassen. Die Regierung verpflichtete sich, vor der Ernennung des Direktors der Land-Administration den JNF, der nahezu 50 Prozent des ILA-Vorstandsgremiums besetzt, zu konsultieren. Laut Vertrag wird der Staat dem JNF «die Hände stärken bei der Erfüllung seiner Mission, das Land aus seinem desolaten Zustand [„desolation“] zu befreien». Woher die Trostlosigkeit stammt, deutet der oben genannte Militär-

Berichterstatter den Lesern der «Jerusalem Post» an: «1948 verkaufte der Staat dem Nationalfonds über eine Million Dunam (ca. 250.000 Morgen), das von arabischen Dörfern stammte. Der Verkauf war illegal, denn der Staat war nicht der Besitzer des Landes, das er abstieß. Aber aus dem JNF hat sich niemand beschwert.»

Vielen jüdischen Bürgern in und außerhalb Israels ist die Kritik am Jüdischen Nationalfonds angesichts der erholsamen Park- und Waldanlagen, die allen Bewohnern Israels und Touristen aus aller Welt zugänglich sind, sowie angesichts der Klimaverbesserungen, die sie bewirken, vollkommen unverständlich. Aber auch diejenigen, die den weniger schönen Seiten des JNF begegnet sind, tun sich mitunter schwer mit einer Kritik. Vielen Älteren, die mit der legendären blauen Sammelbüchse des JNF/KKL aufgewachsen sind, geht es so wie Sylvia Rothschild, Rabbinerin an der Wimbledon & District Synagoge in London: «Ich liebte diese Büchse, denn sie symbolisierte, dass alle Juden Teil des Landes Israel waren». Aber ihre Gefühle haben sich geändert, berichtet sie dem «Jewish Chronicle»: «Der JNF nennt sich zwar

Israels führende humanitäre und umweltschützende Wohlfahrtsorganisation, aber bei der Erschließung des Negev ignoriert er die Gemeinschaft der Beduinen und nimmt ihnen das Land weg, das ihren Vorfahren gehörte.» Mögen die Besitzverhältnisse durch die Uneinheitlichkeit von beduinischem, ottomanischem, britischem Mandats- sowie israelischem Recht noch so kompliziert sein, die ethische Variante habe immer Vorrang.»

Ähnlich wie der Rabbinerin aus London geht es auch einigen jüdischen Bürgern in der Schweiz, die sich zu einer «Ad-hoc-Arbeitsgruppe al Arakib» zusammenschlossen haben. Die Gruppe leistet moralische Unterstützung für das Beduinen Dorf Al-Arakib, das in der jüngsten Vergangenheit vierzig Mal durch Planierarbeiten des jüdischen Nationalfonds zerstört wurde. Auch sie sind als Kinder begeistert mit «der blau-weißen Büchse Spenden für den Keren Kayemet LeIsrael (KKL) bei den jüdischen Familien sammeln gegangen», teilen sie der jüdischen Zeitschrift «Tachles» mit. Der Gruppe liegt «die Entwicklung Israels am Herzen – aber nicht auf Kosten der nichtjüdischen Bevölkerung.»

Angesichts der wiederholten brutalen Zerstörungen durch den JNF wandten sich über 60 israelische Intellektuelle mit einer «Gewissenserklärung» an den Staat und den Jüdischen Nationalfonds. Darunter befanden sich die Schriftsteller Amos Oz, Abraham B. Yehoshua, David Grossman, Yehoshua Sobol, der Rabbiner Arik Ascherman und viele andere bekannte Namen. Sie appellieren an die Adressaten, die bisherige Politik, insbesondere zur Entwicklung des Negev, «zu stoppen und zu überdenken und eine gemeinsame Lösung mit den Beduinen des Negev zu suchen», wie es in einer Anzeige in der Zeitung «Haaretz» hieß. Einen Monat später wandten sich über dreißig Organisationen in Israel, darunter die «Ärzte für Menschenrechte», «Rabbiner für Menschenrechte», «Amnesty Israel», mit einem Offenen Brief an die Führung des Jüdischen Nationalfonds mit dem Aufruf, «Beendet die Enteignung der Beduinen!»

Wie das Dorf Al-Arakib sind auch die umliegenden Dörfer im nördlichen Negev in der Umgebung von Beersheva von Zerstörung und Zwangsumsiedlung bedroht. Der sogenannte Praver-Plan, dem der israelische

Ministerrat im September 2011 zustimmte, sieht die Zwangsumsiedlung von rund 30.000 Beduinen innerhalb der nächsten Jahre vor, um für weitere Waldanlagen und jüdische Siedlungen Platz zu schaffen. Zum Teil ist der Plan schon umgesetzt worden. Allein im Jahre 2011 sind laut Adalah, einer Vereinigung israelisch-palästinensischer Rechtsanwälte, mehr als 1.000 beduinische Wohnstätten zerstört worden. In einer am 5. Juli 2012 von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten vorgebrachten Resolution verurteilt das Europäische Parlament die Zerstörungen und Zwangsumsiedlung und fordert eine Rücknahme des Praver-Plans.

Im Gebiet des nördlichen Negev liegt auch der «Wald der deutschen Länder». Die Initiative zu den Baumpflanzungen ging zu Beginn der neunziger Jahre von dem damaligen Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens und späterem Bundespräsidenten Johannes Rau aus. Sie fand seitdem viele Unterstützer aus dem politisch-öffentlichen und privaten Bereich und wächst immer weiter an. Ein Erholungspark in einem kargen Gebiet sei eine schöne Sache für alle Israelis und Spenden für Bäume ein

ideales Geschenk für viele Anlässe, dachte man. So dachten auch die Vorstandsvertreter der SPD, die seit November 2012 zu einer Baumpendaktion aufrufen. Dr. Awad Abu Freih, dessen Vorfahren auf diesem Land gelebt haben, sieht das anders. In einem unter «Youtube» veröffentlichten Videofilm erklärt er: «Ich bin sicher, wenn meine Freunde in Deutschland wüssten, dass sie mich von diesem Ort verbannen, indem sie die historische Erinnerung an mich und meine Familie auslöschen, dann würden sie dem nicht zustimmen; wenn sie um die historische Wahrheit wüssten, dann wären sie nicht so schnell bereit für einen Wald zu spenden, der die Geschichte und Erinnerung an mich und meine Familie auslöscht und stattdessen eine neue Geschichte gestaltet.»

Eine neue Geschichte hat an vielen Orten der über 500 zerstörten palästinensischen Dörfer Gestalt angenommen. Einer der größten Parks, der sogenannte «Canada-Park», errichtet vom Jüdischen Nationalfonds über den Ruinen der Dörfer Imwas, Yalu und Bejt Nuba, ist kein Einzelfall. In vielen Park- und Waldanlagen bedecken schnellwachsende Koniferen und schöne Freizeitanlagen geplante palästinensische Häuser, Obst- und Olivenhaine, fruchtbare Weizenfelder. Hinter dem «ökologischen Motiv», das der JNF für seine Projekte vorgibt, steckt ein weiteres Bemühen, «die Naqba zu negieren und die enorme Größe der palästinensischen Tragödie zu verbergen», schreibt der israelische Historiker Ilan Pappé («Die ethnische Säuberung Palästinas»). Kenntnisse über die «Naqba» («Katastrophe», die Flucht und Vertreibung der Palästinenser aus dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet) sieht die israelische Organisation «Zochrot» («Erinnerung») als Voraussetzung für Frieden und Versöhnung an. Mit Dokumentationen, Führungen, Aufstellen von Hinweisschildern an ehemaligen palästinensischen Orten versuchen Mitglieder von Zochrot, die Erinnerung wachzuhalten und zu stärken.

Zum jüdischen «Neujahrsfest der Bäume» am 26. Januar dieses Jahres schreibt die in Kalifornien beheimatete und weltweit agierende Organisation «Jewish Voice for Peace»: «Während wir die hohe Aufmerksamkeit würdigen, die unsere Tradition für Bäume pflegt, können wir die Fakten nicht ignorieren: Tausende und Abertausende von Bäumen, die palästinensischen Familien gehörten, wurden enturzelt, um Platz zu schaffen für noch mehr jüdische Siedlungen, und viele palästinensische Familien, und sogar ganze Dörfer sind zwangsumgesiedelt worden, um den „Grünen“ Projekten des jüdischen Nationalfonds Raum zu geben.»

Mitglieder der SPD reagieren mit Unverständnis und Verbitterung auf den Spendenaufruf an den Jüdischen Nationalfonds. Langjährige Mitglieder erwägen ihren Austritt. Karl Schmidt, Pfarrer i.R., ist enttäuscht. Prinzipiell begrüßt er Baumpendungen für Israel, «aber muss es ausgerechnet für den Jüdischen Nationalfonds sein? Warum nicht an Zochrot, oder die Rabbiner für Menschenrechte oder den vielen anderen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, die es in Israel gibt? Die Sozialdemokratische Partei wird sich gut über Wege einer Korrekturberatung beraten müssen, damit sie ihrem Prinzip der «sozialen Gerechtigkeit» treu bleibt und nicht etwa der Ruf laut wird: «Say goodbye to the SPD.»

Tahir Chaudhry
Jagdrevier ohne Freiwild

Aufregung, Getuschel und Verdächtigungen zum «Fall Brüderle», der aufgrund seiner Alltäglichkeit eigentlich gar kein «Fall» ist. Rainer Brüderle werden Anzüglichkeiten gegen eine «Stern»-Reporterin vorgehalten. Ein Aufschrei hallt durch Deutschland. Frauen wollen nicht als Objekt wahrgenommen werden. Sie wollen als Mensch respektiert werden. Und das, nachdem es so schien, als wäre die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft endlich gestärkt.

Was ihre Rechte anbelangt, ist die Frau heute auf Augenhöhe mit den Männern. Sie ist vor dem Gesetz gleich und darf ihre Persönlichkeit frei entfalten. Sie darf sich bilden, sie darf arbeiten, erben, sich scheiden lassen und wählen gehen. Trotz der rechtlichen Gleichstellung scheint die männliche Mentalität unberrt geistige Unterscheidungen zwischen Mann und Frau zu treffen. Die Arbeitswelt ist das perfekte Beispiel: Frauenquoten sollen es richten. Männerstimmen ertönen und verweisen auf einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Frauen entgegen: «Nachdem so lange Frauen benachteiligt wurden, ist es auch nicht schlimm, jetzt einmal ein paar Männer zu benachteiligen.» Psychologisch nachvollziehbar, aber philosophisch-politisch ein höchst zweifelhaftes Argument.

Befinden wir uns mitten in einem neuen auflebenden Geschlechterkampf? Eines hat

der «Stern» mit seiner Brüderle-Episode bei aller Kritik bewirkt, nämlich, dass man endlich öffentlich über den Sexismus spricht. Ein Thema, das lange totgeschwiegen wurde und nun offen und sachlich diskutiert werden muss. Ist aber jeder Einzelne wirklich bemüht, etwas an der vorherrschenden Situation zu ändern? Oder empören sich lediglich solange Männer über Frauen und Frauen über Männer bis alle wieder schweigen, weil wir doch irgendwie miteinander auskommen müssen?

Im aktuellen Sexismus-Fall gibt es einige merkwürdige Einzelheiten in den Schilderungen der «Stern»-Journalistin: Es ist Mitternacht. Die Szene ereignet sich an einer Hotelbar. Laura Himmelreich, eine Journalistin auf der Suche nach der Nähe zu einem ranghohen Politiker. Rainer Brüderle sitzt leicht angetrunken an der Bar. Die Journalistin spricht ihn an und bittet um ein Interview. Während des Gesprächs belästigt Brüderle sie. Statt das Gespräch zu sofort beenden, möchte sie ihre »Professionalität« bewahren und bleibt dran. Ein Jahr vergeht. Brüderle wird Spitzenkandidat der FDP. Himmelreich beschließt, ihre Begegnung mit dem Politiker in einem Artikel zu verarbeiten. Eine Welle der Empörung zieht durch Medien und Politik.

Hat die Journalistin kein befremdliches Berufsverständnis, wenn sie um Mitternacht ein «offizielles» Interview führen möchte? Wo bleibt die volle Wahrheit? Auf «Stern.de» erschien ein Artikel, begleitend



zum Brüderle-Porträt, indem es selbstkritisch heißt, dass Redaktionen gerne junge, attraktive Frauen strategisch einsetzen. Dabei ginge es «nicht nur um einen anderen, weiblichen Blick. Sondern darum, eine größere Nähe zu Politikern herzustellen, eine anders geartete Nähe. Offenherzigkeit gegen tiefes Dekolleté und klimpernde Wimpern. So einfach ist das manchmal wirklich, leider.» Dies ist ohne Frage die umgekehrte Version des Sexismus. Gerade der «Stern»,

das Magazin, das den «Brüderle-Fall» öffentlich machte, verdient seit Jahrzehnten gut daran, wenn nackte Frauen auf ihrem Cover zu sehen sind.

Warum empört man sich überhaupt über den verbreiteten Sexismus in unserer Gesellschaft? Das sexuelle Jagdrevier haben wir doch selbst geschaffen! An jeder Straßenecke, in jeder Zeitschrift, in jeder Fernsehwerbung sind aufreizende Slogans und Bilder zu finden, die eine konkrete

Dauererregung in einer zutiefst erotisierten Gesellschaft verursachen. Auf Schritt und Tritt wird versucht, ganze Massen zu verführen. Die Folge ist, dass immer größere und stärkere Reize benötigt werden, um die Gier der sabbernden Männer zu stillen. Die Frau wird für ein Objekt gehalten, das austauschbar ist, sobald man sich an ihr sattgesehen hat. Wegschauen! Wegklicken! Weiterblättern! Männer, egal ob jung oder alt, wandern durch die Welt und verhalten sich wie zweibeinige Ratingagenturen: Bewerten! Aufwerten! Abwerten!

Wo aber liegen die Grenzen? Es ist immer eine Gratwanderung zwischen Kompliment oder Flirt und einer unerwünschten Annäherung, die als sexistisch empfunden wird. Ein falsches Wort und schon empört sich die Frau wegen sexueller Belästigung! Viele Frauen senden ständig Signale an die breite Masse aus und warten bis ein Mann reagiert. Und wenn das reagierende Gegenüber nicht gerade ein Johnny Depp oder George Clooney ist, erst dann wird deutlich, welche Herabwürdigung solch ein «Herenwitz» darstellt. Zwar wissen die meisten Männer, dass sie nicht den Schönheitsidealen entsprechen, aber sie wollen es sich nicht eingestehen. Deshalb versuchen sie unter Umständen, an die äußerste Grenze zu gehen, wenn ihm die Möglichkeit einer intimen Annäherung günstig scheint. Frau Schwarzer, diese Annäherung hat nichts mit Machtdemonstration zu tun! Es ist eher zügellose männliche Triebsteuerung gepaart mit einem deutlichen Kommunikationsproblem der Geschlechter.

Brauchen wir jetzt eine Gesellschaft der Geschlechtslosigkeit? Nein, wir müssen bestrebt sein die menschliche Natur berücksichtigend einen neutralen Boden für beide Geschlechter zu schaffen. Die Frau muss endlich als Mensch begriffen werden! Sie darf weder ausschließlich als Opfer noch als Täter tituliert werden. In einer Öffentlichkeit ohne Regeln, ohne reizfreie Räume wird es hingegen kaum möglich sein, einen würdevollen Umgang zwischen den Geschlechtern zu gewährleisten. Es müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das geht nicht mit den omnipräsenten Slogans und Bildern, die sexuelle Assoziationen hervorrufen. Das geht nicht, solange Tag für Tag Männer mit «überhöhtem» Weiblichkeitsideal und den zuletzt adaptierten Attributen der Pornographie auf den Straßen spazieren. Das geht nicht mit der tagtäglichen Verbreitung von Perversionen des Privatfernsehens, die mit ihrer medialen Fleischbeschau auf Quotenfang gehen. Und es geht vor allem nicht, solange unsere Vorbilder, wie etwa die Prominenz aus Hollywood sexistische Äußerungen von sich geben und dafür Beifall erhalten. Die allergrößte Verantwortung aber tragen Elternhäuser und Schulen als Erziehungsanstalten, den Kindern so früh wie möglich grundsätzliche Benimmregeln gegenüber dem anderen Geschlecht ans Herz zu legen. Sexismus ist eine Gefahr.